Staatsanzeiger
für die Freie Stadt Danzig
Teil I

Nr. 108 Ausgegeben Danzig, den 30. Dezember 1931

Inhalt:

Londoner Goldpreis . . . S. 487
Polizeiverordnung betr. Verwendung gesundheitsschädlicher Stoffe im Friseurgewerbe . . . S. 487
Aenderungen bezw. Ergänzungen der Reisekostenbestimmungen . . . S. 487
Verordnung über die Bildung der Steuerkammer des Verwaltungsgerichts . . . S. 489
Steuerausschußordnung vom 23. Dezember 1931 . . . S. 490
Übersicht über die Bewegung der Preise der wichtigsten Lebensbedürfnisse im Kleinhandel in der Stadtgemeinde Danzig S. 494
Verordnung betreffend Änderung des Verzeichnisses der Arzneistoffe für die Hausapotheke der homöopathischen Ärzte S. 496
Kur- und Verpflegungskosten in der Staatlichen Frauenklinik . . . S. 496
Bekanntmachung über die Abänderung der Kur- und Verpflegungskosten im Städtischen Krankenhause zu Danzig S. 497
Besteuerung der Weihnachts-, Neujahrsgratifikationen und sonstiger einmaliger Einnahmen und Vergütungen . S. 497
Lohnsummensteuer . . . S. 497
Steuermarken . . . S. 498
Lohnsummensteuer . . . S. 498
Verstempelung der Miet- und Pachtverträge . . . S. 498
Bank von Danzig . . . S. 498
Volksbegehren „Arbeit, Brot und Freiheit" . . . S. 499
Druckfehlerberichtigung . . . S. 499

Erlasse und Verordnungen des Senats (Staatsverwaltung).

405 Bekanntmachung über den Londoner Goldpreis gemäß § 2 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Eintragung von Hypotheken und Schiffspfandrechten in ausländischer Währung und der Rechtsverordnung betreffend die Eintragung von Hypotheken mit Feingoldklausel vom 13. 11. 1931.

Der Londoner Goldpreis beträgt am 28. Dezember 1931
für eine Unze Feingold 120 sh 8 d
in Danziger Währung nach der amtlichen Notierung vom 28. Dezember 1931 mit G 17,51 für 1 £ umgerechnet . . . . . G 105,6437
für ein Gramm Feingold demnach 46,5543 pence.
in Danziger Währung umgerechnet G 3,39652

Vorstehender Preis gilt für den Tag, an dem diese Bekanntmachung im Staatsanzeiger erscheint, bis einschließlich des Tages, der einer im Staatsanzeiger erfolgten Neuveröffentlichung vorausgeht.

Danzig, den 29. Dezember 1931.

Senat der Freien Stadt Danzig.

406 Polizeiverordnung betr. Verwendung gesundheitsschädlicher Stoffe im Friseurgewerbe.

Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265) und der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195) sowie des Geldstrafengesetzes vom 28. September 1923 (G. Bl. S. 999) und der Verordnung über die Umstellung bestehender Gesetze auf Gulden vom 23. Oktober 1923 wird für das Gebiet der Freien Stadt Danzig mit Zustimmung des Verwaltungsgerichts, I. Kammer, folgendes verordnet:

§ 1

Im Friseur-, Barbier- und Haarschneidegewerbe ist der Gebrauch von Äther, Azeton, Essigäther, Kohlenwasserstoffen (insbesondere von Petroläther, Benzin, Ligroin, Naphtha, Benzol, Toluol), hydrierten und chlorierten Kohlenwasserstoffen (insbesondere von Tetrachlorkohlenstoff) sowie von Gemischen und Präparaten dieser Stoffe zum Zwecke der Haarwäsche und des Haartrocknens verboten.

§ 2

Zuwiderhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden mit einer Geldstrafe bis zu 120 G, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

§ 3

Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Danzig, den 27. November 1931.

S II 4501 Der Senat der Freien Stadt Danzig
Dr. Ziehm Dr. Wiercinski-Keiser

407 Änderungen bzw. Ergänzungen der Reisekostenbestimmungen.

A. Die Reisekostenbestimmungen werden wie folgt geändert bzw. ergänzt:

1. Ziffer 19 (2) der Ausführungsbestimmungen zum RKG. erhält folgenden Wortlaut:
   „(2) Als dienstlich zurückgelegt gilt:
   1. beim Anschluß einer Urlaubsreise an eine Dienstreise lediglich die Strecke vom Wohnort zum Geschäftsort,
   2. beim Anschluß einer Dienstreise an eine Urlaubsreise die Strecke vom Urlaubsort zum Geschäftsort und von diesem zum Wohnort, soweit sie die Strecke übersteigt, die der Beamte auch ohne das Dienstgeschäft zur Rückkehr vom Urlaub hätte zurücklegen müssen,".
   Absatz 3 der Ziff. 19 (2) bleibt in der bisherigen Fassung bestehen.
2. In Ziffer 26 der Ausführungsbestimmungen sind die Worte: „im deutschen Reichsgebiet" zu streichen und dafür zu setzen: „im Ausland, soweit für das Ausland keine besonderen Tagegelder festgesetzt sind."
3. Ziffer 27 der Ausführungsbestimmungen erhält folgende Fassung:
   „27 (1) Bei mehrtägigen Dienstreisen ins Ausland erhält der Beamte für den Tag des Übergangs in das Ausland stets das Auslandstagegeld, für den Tag der Rückkehr das In-

landstagegeld, wenn die Rückkehr vor 12 Uhr mittags erfolgt. Bei eintägigen Reisen ist stets das Auslandstagegeld zu zahlen.

(2) Bei Reisen ins Ausland, bei denen eine Fahrt durch ein weiteres Ausland erforderlich ist, gilt Abs. 1 sinngemäß. Wird jedoch der Geschäftsort an dem Abfahrtstage nicht erreicht, so ist das für das Durchgangsland festgesetzte Tagegeld zuständig, wobei evtl. Ziffer 34 Anwendung findet. — Der polnische Korridor gilt in diesem Sinne nicht als Durchgangsland.

(3) Ziffer 34 ist neben Absatz 1 auch für die Berechnung der Tagegelder bei Dienstreisen nach Deutschland und anderen Ländern mit verschiedenen Tagegeldsätzen maßgebend."

4. Gemäß § 15 (2) des RRG. wird für Dienstreisen nach Orten außerhalb des Staatsgebietes unter Aufhebung aller entgegenstehenden Bestimmungen (s. die Erlasse vom 30. 9. 1924 — St. A. I S. 257 —, vom 28. 1. 25 — St. A. I S. 44 — und Ziffer I des Erlasses vom 18. 10. 27 — St. A. I S. 331 —) folgendes bestimmt:

I. Für Dienstreisen in das Ausland gelten folgende Bestimmungen:

Die Länder bzw. Orte werden in 10 Gruppen eingeteilt:

A. London
B. Holland
C. Paris
D. England — außer London (vgl. A) —, Rußland, Vereinigte Staaten von Amerika
E. Brüssel, Schweiz, Warschau
F. Schweden, Türkei
G. Berlin
H. Dänemark, Finnland, Monaco, Norwegen, Spanien, Straßburg i. E., Ungarn
J. Deutsches Reich — teure Orte, außer Berlin (vgl. G), (andere Orte s. K) —, Polen — außer Warschau (vgl. E) —
K. Belgien — außer Brüssel (vgl. E) —, Bulgarien, Deutsches Reich — andere Orte — (teure Orte vgl. J, Berlin vgl. G), — Frankreich — außer Paris und Straßburg (vgl. C und H) —, Griechenland, Italien, Lettland, Österreich, Tschechoslowakei.

Die vollen Tage- und die Übernachtungsgelder betragen:

für die Beamten der Stufe	Tagegeld	Übernachtungsgeld	Tagegeld	Übernachtungsgeld	Tagegeld	Übernachtungsgeld	Tagegeld	Übernachtungsgeld	Tagegeld	Übernachtungsgeld
	G	G	G	G	G	G	G	G	G	G
	für die Ländergruppen									
	A		B		C		D		E	
I	21,—	15,75	20,—	15,—	16,—	12,—	15,75	11,75	14,—	10,50
II	28,50	21,50	27,—	20,25	21,—	15,75	20,—	15,—	19,—	14,25
III	36,—	27,—	33,—	24,75	26,50	20,—	25,—	18,75	24,—	18,—
IV	40,50	30,50	38,—	28,50	29,50	22,25	28,50	21,50	27,—	20,25
V	46 50	35,—	43,—	32,25	34,—	25,50	32,—	24,25	31,—	23,25

	für die Ländergruppen									
	F		G		H		J		K	
I	12,75	9,75	8,75	6,50	8,50	6,50	7,75	6,—	6,25	4,75
II	17,25	12,75	11,75	8,50	11,50	8,50	10,—	7,50	8,25	6,25
III	21,50	16,—	15,—	11,25	14,25	10,75	13,50	10,25	11,25	8,50
IV	25,—	18,75	17,50	13,25	16,50	12,25	15,75	12,—	13,50	10,25
V	28,50	21,50	20,—	15,—	18,50	14,—	18,—	13,50	16,—	12,—

II. Als teure Orte bei Reisen nach dem Deutschen Reich gelten:

1. Städte: Aachen, Altona, Augsburg, Barmen, Bochum, Braunschweig, Bremen, Breslau, Chemnitz, Cuxhaven, Dortmund, Dresden, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Emden, Erfurt, Essen, Flensburg, Frankenthal, Frankfurt a. M., Fürth, Gelsenkirchen, Hagen i. Westf., Halle, Hamborn, Hamburg, Hannover, Kaiserslautern, Karlsruhe, Kassel, Kiel, Koblenz, Köln, Königsberg i. Pr., Konstanz, Krefeld, Landau (Pfalz), Leipzig, Lübeck, Ludwigshafen, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Mühlheim (Ruhr), Münster, München, München-Gladbach, Neustadt (Hardt), Nürnberg, Oberhausen, Offenbach, Pirmasens, Plauen, Rheydt (Bez. Düsseldorf), Saarbrücken, Speyer, Stettin, Stuttgart, Trier, Wandsbeck, Wiesbaden, Wilhelmshaven-Rüstringen, Zweibrücken.
2. Nordseeinseln: Amrum, Borkum, Föhr, Helgoland, Hooge, Juist, Langenees, Neuwerk, Norderney, Sylt, Wangerooge.

III. Werden größere Kommissionen im Auslande aus dienstlichen Gründen geschlossen in einem Gebäude gegen Erstattung der erwachsenen Unterkunftskosten untergebracht, so findet § 3 (4) RRG. sinngemäß Anwendung.

IV. Halten sich Beamte zu auswärtigen Dienstgeschäften länger als 4 Wochen an demselben Orte des Auslandes auf und war dies von vornherein anzunehmen, so finden die Bestimmungen über Gewährung von Beschäftigungstagegeldern sinngemäß mit

der Maßgabe Anwendung, daß vom 6. Tage ab 75 % der zuständigen Tage- und Übernachtungsgelder gewährt werden. Stellt sich die längere Dauer erst im Laufe der Zeit heraus, so tritt die Ermäßigung der Tage- und Übernachtungsgelder vom Tage nach dieser Feststellung, frühestens jedoch vom 6. Tage und spätestens vom Beginn der 5. Woche ab ein. Im übrigen ist Abschnitt F der Ausführungsbestimmungen zum RRG. sinngemäß anzuwenden.

V. Mit den Tage- und Übernachtungsgeldern ist im allgemeinen auch der übliche Repräsentationsaufwand als abgegolten anzusehen. Ein besonderer Ersatz von Ausgaben für Repräsentationszwecke darf bei nachgewiesener Notwendigkeit ausnahmsweise mit Genehmigung des Senats, Präsidialabteilung, gewährt werden, soweit sich die Kosten in angemessenen Grenzen halten. Eine Veranlassung zur Repräsentation im Auslande wird in der Regel nur für leitende Beamte, Führer von Kommissionen usw. gegeben sein.

VI. Im übrigen finden die Reisekostenbestimmungen auch bei Reisen ins Ausland sinngemäß Anwendung; insbesondere siehe Ziffer 27 und 34 der Ausführungsbestimmungen.

VII. Diese Bestimmungen gelten nicht für die im Grenzverkehr der Freien Stadt mit dem benachbarten Auslande tätigen Beamten, auch nicht bei Fahrten innerhalb des Freistadtgebietes, bei denen polnisches Gebiet (Dirschau) berührt wird.

VIII. Konsulatsbeamte sind bei Dienstreisen in dem Tätigkeitslande mit den für dieses Land geltenden Tage- und Übernachtungsgeldern abzufinden. Bei Dienstreisen derartiger Beamten nach Danzig finden diese Bestimmungen sinngemäß mit der Maßgabe Anwendung, daß sie während des dienstlichen Aufenthaltes im Gebiet der Freien Stadt die Inlands-Tage- und Übernachtungsgelder erhalten.

5. Zu Ziff. 48 (1) und (3) der Ausführungsbestimmungen zum RRG.:

Bei Benutzung eines eigenen Fahrrades an Stelle eines Fuhrwerks oder eines anderen nicht öffentlichen und nicht regelmäßigen Verkehrsmittels kann zu der zuständigen Landwegkilometervergütung ein Zuschlag von 25 v. H. dieser Vergütung und bei Benutzung eines eigenen Kraftrades ein solcher von 50 v. H. gewährt werden. Der Zuschlag ist nur zu zahlen, wenn eine Strecke von mehr als 15 km (Hin- und Rückweg) zurückgelegt wird. Ziffer 2 des Erlasses vom 26. 1. 1925 (St. A. I S. 40) ändert sich entsprechend.

6. Ziffer 57 (1) der Ausführungsbestimmungen zum RRG. erhält folgenden Zusatz:

„Bei Reisen, zu deren Ausführung die Benutzung öffentlicher regelmäßiger Verkehrsmittel nicht möglich oder nicht zweckmäßig ist und die daher ganz oder zum Teil zu Fuß zurückgelegt werden, wird für jedes angefangene km des Hin- und Rückweges ein Betrag von 0,15 G gewährt. Bei Entfernungen von mehr als 15 km des Hin- und Rückweges kann bei Benutzung eines eigenen Fahr- oder Kraftrades ein Zuschlag von 33⅓ % (z. Zt. 5 P) gezahlt werden."

B. Diese Bestimmungen treten mit Wirkung vom 1. Januar 1932 in Kraft.

Die Beamten und Angestellten sind unverzüglich von diesen Änderungen in Kenntnis zu setzen.

Für Beamte und Angestellte, die mit Reisekostenpauschvergütungen abgefunden werden, ist sogleich nachzuprüfen, ob und inwieweit auf Grund der vorstehenden Änderungen und der Verordnung vom 19. 6. 31 (G. Bl. S. 580) eine Kürzung der Pauschvergütungen in Frage kommt. Zwecks Neufestsetzung der Pauschvergütungen sind der Präsidialabteilung des Senats zum 1. 2. 1932 Vorschläge über die Höhe der Vergütungen unter Beifügung der für die Errechnung derselben erforderlichen Unterlagen zu machen. Soweit Reisekosten-Pauschvergütungen in Dienstaufwandsentschädigungen mitenthalten sind, hat sich die Nachprüfung und Neufestsetzung auch auf diese zu erstrecken.

Danzig, den 22. Dezember 1931.

Der Senat

P. Z. I. 22⁰⁰ zugleich für die Verwaltung der Stadtgemeinde Danzig.

408

Verordnung über die Bildung der Steuerkammer des Verwaltungsgerichts.

Vom 23. Dezember 1931.

Gemäß Artikel I § 38 Absatz 5 und Artikel II Ziffer 1 des Steuergrundgesetzes vom 22. 6. 1931 (G. Bl. S. 497) wird folgendes bestimmt:

§ 1

Die Steuerkammer des Verwaltungsgerichts wird mit Wirkung vom 1. 1. 32 neu gebildet.

§ 2

Die Gesamtzahl der für die Steuerkammer zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder und Vertreter beträgt 32.

§ 3

(1) Als wahlberechtigte Organe der Selbstverwaltung im Sinne des § 38 Absatz 1 des Steuergrundgesetzes gelten:

1. die Stadtbürgerschaft in Danzig,
2. die Stadtverordnetenversammlung in Zoppot,
3. der Kreisausschuß des Kreises Danziger Höhe,
4. der Kreisausschuß des Kreises Danziger Niederung,
5. der Kreisausschuß des Kreises Gr. Werder.

(2) Als wahlberechtigte öffentlich-rechtliche berufsständische Vertretungen im Sinne des § 38 Absatz 1 des Steuergrundgesetzes gelten:

1. die Handelskammer,
2. die Handwerkskammer,
3. bis zur Bildung einer Landwirtschaftskammer: der Landbund,
4. die Anwaltskammer in Danzig,
5. die Ärztekammer der Freien Stadt Danzig.

§ 4

(1) Von der Gesamtzahl der nach § 2 zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder und Vertreter entfallen auf die Stadt Danzig 16, auf die Stadt Zoppot und die Kreise Danziger Höhe, Danziger Niederung und Gr. Werder je 4.

(2) Von den auf die Stadt Danzig entfallenden 16 Mitgliedern und Vertretern sind 8 von der Stadtbürgerschaft, 4 von der Handelskammer, 2 von der Handwerkskammer und je 1 von der Anwaltskammer und Ärztekammer zu wählen.

(3) Von den auf die Stadt Zoppot entfallenden 4 Mitgliedern und Vertretern sind 2 von der Stadtverordnetenversammlung, je 1 von der Handelskammer und der Handwerkskammer zu wählen.

(4) Von den je 4 auf die Kreise entfallenden Mitgliedern und Vertretern ist je 1 vom Kreisausschuß, vom Landbund, von der Handelskammer und von der Handwerkskammer zu wählen.

§ 5

Die ehrenamtlichen Mitglieder und Vertreter werden erstmalig für die Zeit vom 1. 1. 32 bis zum 31. 12. 37 gewählt.

§ 6

Die Wahlorgane sind vom Landessteueramt zur Wahl schriftlich aufzufordern. Der Leiter des Landessteueramts hat zu bestimmen, bis zu welchem Zeitpunkt ihm das Wahlergebnis mitzuteilen ist.

§ 7

Die Wahl ist so zu gestalten, daß jedes ehrenamtliche Mitglied durch die Wahl zugleich Vertreter aller anderen ehrenamtlichen Mitglieder der Steuerkammer wird.

§ 8

Wird von den wahlberechtigten Organen, die mehrere Mitglieder zu wählen haben, nicht darauf Rücksicht genommen, daß bei den gewählten Mitgliedern und Vertretern die verschiedenen Arten des Vermögens und Einkommens vertreten sind, so ist der Senat berechtigt, die Vornahme neuer Wahlen zu verlangen.

§ 9

Werden im Laufe einer Wahlperiode Ersatzwahlen erforderlich, so hat der Vorsitzende der Steuerkammer das Erforderliche zu veranlassen.

§ 10

(1) Der Vorsitzende der Steuerkammer beruft die ehrenamtlichen Mitglieder und Vertreter zu den Sitzungen ein.

(2) Die nach § 38 Absatz 2 des Steuergrundgesetzes zulässige Ablehnung der Wahl ist dem Vorsitzenden der Steuerkammer bei der ersten Einberufung zu erklären.

§ 11

Auf die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder und ihrer Vertreter für Aufwand und entgangenen Arbeitsverdienst finden die Bestimmungen Anwendung, die jeweils für die Entschädigung der Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen gelten.

§ 12

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Mit dem gleichen Tage tritt die Verordnung über die Bildung des Steuergerichts vom 3. 4. 1923 (St. A. S. 270) außer Kraft.

Danzig, den 23. Dezember 1931.

F. Fz. S. 61 04 — Der Senat der Freien Stadt Danzig. Dr. Ziehm — Dr. Hoppenrath

409 Steuerausschußordnung vom 23. Dezember 1931.

Auf Grund der §§ 5, 31 des Steuergrundgesetzes in der Fassung vom 22. Juni 1931 (G. Bl. S. 497) wird folgendes verordnet:

§ 1

Neubildung der Steuerausschüsse

(1) Die Steuerausschüsse bei den Steuerämtern I und II sind nach den Bestimmungen des Steuergrundgesetzes vom 22. Juni 1931 und nach den Bestimmungen dieser Verordnung mit Wirkung vom 1. Januar 1932 an neu zu bilden.

(2) Von der Neubildung an übernehmen die neuen Steuerausschüsse die Geschäfte der bisherigen Steuerausschüsse.

§ 2

Amtsperiode der Steuerausschüsse

(1) Die Amtsperiode der Steuerausschüsse beträgt jeweils vier Jahre.

(2) Jeweils in den letzten drei Monaten vor dem Ablauf der Amtsperiode finden die Neuwahlen und die sonstigen Vorbereitungen für die Neubildung der Ausschüsse statt.

§ 3

Abgrenzung der Steuerausschußbezirke Zusammensetzung der Steuerausschüsse

(1) Bei dem Steueramt I wird ein Steuerausschuß, bei dem Steueramt II für den Stadtkreis Zoppot, die Landkreise Danziger Höhe, Danziger Niederung und Großes Werder je ein Steuerausschuß errichtet.

(2) Der Steuerausschuß beim Steueramt I besteht aus einem Vorsitzenden, aus sechs Mitgliedern, die von der Danziger Stadtbürgerschaft, vier Mitgliedern, die von der Handelskammer und zwei Mitgliedern, die von der Handwerkskammer gewählt und aus sechs Mitgliedern, die von dem Leiter des Landessteueramts ernannt werden.

(3) Der Ausschuß beim Steueramt II für den Stadtkreis Zoppot besteht aus einem Vorsitzenden, aus vier Mitgliedern, die von der Stadtverordnetenversammlung in Zoppot, drei Mitgliedern, die von der Handelskammer und einem Mitgliede, das von der Handwerkskammer gewählt, sowie aus vier Mitgliedern, die von dem Leiter des Landessteueramts ernannt werden.

(4) Die übrigen Ausschüsse beim Steueramt II für die Landkreise bestehen aus je einem Vorsitzenden, aus vier Mitgliedern, die von dem Kreisausschuß, zwei Mitgliedern, die von der Berufsvertretung der Landwirtschaft und solange eine solche nicht besteht, vom Landbund, und je einem Mitglied, das von der Handelskammer und Handwerkskammer gewählt, sowie aus vier Mitgliedern, die von dem Leiter des Landessteueramts ernannt werden.

§ 4

Örtliche Zuständigkeit der Steuerausschüsse

(1) Die örtliche Zuständigkeit der Steuerausschüsse bestimmt sich vorbehaltlich der Sonderbestimmung des Abs. 2 nach den Vorschriften des Steuergrundgesetzes über die örtliche Zuständigkeit des Steueramts. Hierbei kommt es auf die Verhältnisse am Schlusse des Steuerabschnitts an; der Senat kann bestimmen, daß statt des Schlusses des

Steuerabschnitts ein anderer Zeitpunkt für die Zuständigkeit maßgebend ist.

(2) Der Steuerausschuß des Steueramts I ist auch für die Körperschaften zuständig, deren Sitz sich im Bezirk des Steueramtes I befindet.

§ 5

Zuständigkeitsrügen

Rechtsmittel können nicht darauf gestützt werden, daß der Ausschuß, der bei der Entscheidung mitgewirkt hat, nicht zuständig, vielmehr ein anderer Ausschuß zuständig sei.

§ 6

Vorsitz

(1) Den Vorsitz im Steuerausschuß führt der Vorsteher des Steueramts oder ein von ihm beauftragter Sachbearbeiter des Steueramts. Im Falle des § 4 Abs. 2 führt den Vorsitz der Vorsteher des Steueramts II oder ein von ihm beauftragter Sachbearbeiter dieses Steueramts.

(2) Der Steuerausschuß wird zu seinen Sitzungen von dem zuständigen Vorsteher des Steueramts schriftlich oder mündlich berufen. Den Ort der Sitzung bestimmt der Vorsteher des Steueramts.

(3) Zu Beginn einer jeden Sitzung verweist der Vorsitzende die Ausschußmitglieder auf ihre Pflicht, bei den Ausschußverhandlungen ohne Ansehen der Person nach bestem Wissen und Gewissen zu verfahren, die Verhandlungen und die hierbei zu ihrer Kenntnis gelangenden Verhältnisse der Steuerpflichtigen geheimzuhalten und Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse nicht unbefugt zu verwerten. Dieser Hinweis hat auch in solchen Sitzungen zu erfolgen, in denen eine Verpflichtung von Mitgliedern gemäß § 28 Abs. 1, 2 des Steuergrundgesetzes nicht stattfindet.

Allgemeines über die Ausschußmitglieder

§ 7

(1) Die Mitglieder des Steuerausschusses sollen in wirtschaftlichen Fragen sachkundig und mit den örtlichen Verhältnissen des Bezirks vertraut sein.

(2) In welcher Weise die verschiedenen Arten des Vermögens und Einkommens in den einzelnen Steuerausschüssen vertreten sein sollen und welchen Berufsgruppen, Vermögensarten und Einkommensarten die von den einzelnen Wahlberechtigten zu wählenden Ausschußmitglieder und ihre Stellvertreter entnommen werden sollen, regelt der Leiter des Landessteueramts.

§ 8

(1) Die Mitglieder des Steuerausschusses werden jeweils für eine Amtsperiode (§ 2 Abs. 1) gewählt oder ernannt.

(2) Für jedes gewählte Mitglied wird ein Stellvertreter gewählt, für jedes ernannte Mitglied ein Stellvertreter ernannt.

(3) Stellt sich im Verlauf der Amtsperiode (§ 2 Abs. 1) heraus, daß sowohl ein Ausschußmitglied als auch sein Stellvertreter dauernd verhindert ist, im Steuerausschuß mitzuwirken, so findet für den Rest der Amtsperiode, wenn der Rest größer ist als sechs Monate, eine Ersatzwahl oder Ersatzernennung statt.

(4) Untauglich im Sinne des § 30 Abs. 2 Steuergrundgesetzes ist ein Mitglied auch in dem Falle, wenn es den Sitzungen trotz ordnungsmäßiger Einladung mehrfach unentschuldigt fernbleibt.

§ 9

Gewählte Mitglieder

(1) Die Mitglieder und ihre Vertreter werden gesondert gewählt.

(2) Ist ein Wahlorgan (§ 3) für zwei oder mehr Mitglieder wahlberechtigt, so wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.

(3) Soweit nicht Abs. 2 Platz greift, ist gewählt, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§ 10

Ernannte Mitglieder

Bei der Auswahl der zu ernennenden Mitglieder soll der Leiter des Landessteueramts in erster Linie diejenigen Vermögensarten und Einkommensarten berücksichtigen, die in dem Bezirk des Steuerausschusses von Bedeutung, aber in dem Steuerausschuß durch gewählte Mitglieder nicht vertreten sind. Insbesondere soll der Leiter des Landessteueramts darauf Bedacht nehmen, daß neben den Berufsgruppen, die in den nach § 3 Abs. 2 bis 4 wahlberechtigten berufsständischen Vertretungen zusammengefaßt sind, auch die sonstigen Berufsgruppen, insbesondere auch die freien Berufe und die Arbeitnehmer, eine angemessene Vertretung finden.

Leitung der Neubildung der Steuerausschüsse

§ 11

(1) Bei jeder Neubildung der Steuerausschüsse (§ 1 Abs. 1, § 2 Abs. 2) bestimmt der Leiter des Landessteueramts einen Zeitpunkt, bis zu dem ihm die gewählten Ausschußmitglieder und ihre Stellvertreter mitzuteilen sind.

(2) Der Leiter des Landessteueramts teilt den wahlberechtigten Organen der Selbstverwaltung und berufsständischen Vertretungen mit, wieviel Ausschußmitglieder von jedem Wahlberechtigten für die einzelnen Steuerausschüsse zu wählen, welche Regelung nach § 7 Abs. 2 für die Wahl getroffen worden ist und bis zu welchem Zeitpunkt das Wahlergebnis ihm mitzuteilen ist.

(3) Die Mitteilungen über die Wahlergebnisse sollen den Namen, den Beruf (Stand) und die Anschrift der gewählten Personen enthalten.

§ 12

(1) Der Leiter des Landessteueramts prüft:

1. ob die von ihm gemäß § 7 Abs. 2 getroffene Regelung bei der Wahl der Ausschußmitglieder und ihrer Stellvertreter beachtet worden ist,
2. ob unter den gewählten Ausschußmitgliedern und ihren Stellvertretern sich Personen befinden, die nicht gewählt werden können oder sollen (§ 24 Abs. 2 des Steuergrundgesetzes).

(2) Soweit die Wahlergebnisse den im § 24 Abs. 2 des Steuergrundgesetzes enthaltenen Vorschriften nicht entsprechen, kann der Leiter des Landessteueramts verlangen, daß Neuwahlen vorgenommen werden. Entsprechen auch diese den Vorschriften des Steuergrundgesetzes (§ 24 Abs. 2) nicht, so kann der Leiter des Landessteueramts die Ausschußmitglieder (stellvertretenden Ausschußmitglieder) ernennen. Unberührt bleibt die dem Vorsteher des Steueramts obliegende Verpflichtung, gewählte

Ausschußmitglieder (stellvertretende Ausschußmitglieder), die den Vorschriften des § 24 Abs. 2 des Steuergrundgesetzes nicht entsprechen, zur Mitwirkung im Steuerausschuß nicht heranzuziehen.

(3) Wenn ein Wahlberechtigter die vom Leiter des Landessteueramts bestimmte Frist (Abs. 1) nicht innehält, so kann der Leiter des Landessteueramts die auf den Wahlberechtigten entfallenden Ausschußmitglieder und ihre Stellvertreter ernennen. Der Leiter des Landessteueramts kann einem Wahlberechtigten Fristverlängerung bewilligen, wenn der Wahlberechtigte aus besonderen Gründen nicht in der Lage ist, die Frist innezuhalten.

(4) Über den Rahmen der Abs. 1 bis 3 hinaus kann der Leiter des Landessteueramts nicht nachprüfen, ob die Wahlen ordnungsmäßig vorgenommen worden sind. Wenn Einwendungen, die nicht unter Abs. 1 bis 3 fallen, gegen die Ordnungsmäßigkeit der Wahlen erhoben werden, insbesondere wenn die Gültigkeit des Wahlaktes angezweifelt wird, so entscheidet hierüber der Senat.

(5) Ist jemand von mehreren Wahlberechtigten für denselben Steuerausschuß zum Mitglied oder stellvertretenden Mitglied gewählt worden, so bestimmt der Leiter des Landessteueramts, inwieweit eine Neuwahl vorzunehmen ist.

(6) Die Ernennung von Ausschußmitgliedern (§ 10) soll der Leiter des Landessteueramts erst nach dem Abschluß der Wahl vornehmen.

Umlaufverfahren

§ 13

(1) Der Steuerausschuß kann nicht nur in Sitzungen, sondern auch in einem schriftlichen Verfahren (Umlaufverfahren) Beschluß fassen.

(2) Eine Sitzung soll nur dann stattfinden, wenn die Zahl der zu erledigenden Fälle groß genug ist, um den Aufwand an Kosten und Zeit zu rechtfertigen, der dem Staat und den Ausschußmitglieder durch die Sitzung entsteht.

(3) Fälle, bei denen das Steueramt der Ansicht ist, daß mit ihrer Erledigung nicht bis zu der nächsten Sitzung (Abs. 2) gewartet werden kann, sind im Umlaufverfahren zu erledigen. Insbesondere können auch Einspruchsentscheidungen, Nachveranlagungen, Neuveranlagungen und Berichtigungsveranlagungen im Umlaufverfahren beschlossen werden.

§ 14

(1) Beim Umlaufverfahren wirken neben dem Vorsteher des Steueramts oder einem von ihm beauftragten Sachbearbeiter des Steueramts drei Ausschußmitglieder mit, die für die Dauer eines Kalenderjahres vom Steuerausschuß im voraus bestimmt werden. Der Steuerausschuß hat gleichzeitig für jedes dieser Mitglieder einen Vertreter zu bestimmen. Es sollen für diese Aufgabe nur solche Personen gewählt werden, die für das Steueramt leicht erreichbar sind.

(2) Die Bestimmungen der §§ 5, 7 und 8 Abs. 3 gelten entsprechend.

(3) Bei Abstimmungen innerhalb des Umlaufverfahrens ist zur Beschlußfassung eine Mehrheit von wenigstens drei Stimmen erforderlich. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, so ist der Fall in einer Sitzung zu erledigen.

§ 15

(1) Das Umlaufverfahren spielt sich in folgender Weise ab:

1. Das Steueramt fertigt eine Aufzeichnung an, in der der Sachverhalt kurz dargestellt und für den zu fassenden Beschluß ein Vorschlag gemacht wird (Beispiele: Entwurf einer Steuerberechnung oder einer Einspruchsentscheidung).
2. Von dieser Aufzeichnung übersendet das Steueramt jedem der nach § 14 bestimmten Mitglieder des Steuerausschusses eine Abschrift.
3. Die Steuererklärungen, die vom Steueramt geführten Akten und die sonstigen Nachweisungen, die die einzelnen Steuerfälle betreffen (zum Beispiel Ermittlungsberichte und Berichte über Buch- und Betriebsprüfungen), dürfen nicht mitgesandt werden.
4. Die Mitglieder äußern sich schriftlich zu dem Vorschlag des Steueramts. Es empfiehlt sich, die Äußerung auf die vom Steueramt formblattmäßig übersandte Aufzeichnung zu setzen.
5. Auf Grund der schriftlichen Äußerungen der Mitglieder stellt das Steueramt nach der Vorschrift des § 14 Abs. 3 Satz 1 das Ergebnis der Abstimmung fest.

(2) Der Vorsteher des Steueramts kann die für das Umlaufverfahren besonders bestimmten Mitglieder zu einer Aussprache berufen. Die schriftliche Äußerung der Mitglieder kann sich an die Aussprache unmittelbar anschließen.

(3) Der im Umlaufverfahren gefaßte Beschluß ist später dem Steuerausschuß zur Kenntnisnahme vorzulegen.

§ 16

Schriftliche Festlegung der Beschlüsse

(1) Das Steueramt hat die Beschlüsse, die ein Steuerausschuß zu den einzelnen Fällen gefaßt hat (§ 21 Abs. 1 des Steuergrundgesetzes), nach Maßgabe der Abs. 2, 3 schriftlich festzulegen.

(2) Dies geschieht bei Beschlüssen, die in einer Sitzung gefaßt worden sind, bis zum Schlusse der Sitzung, bei Beschlüssen, die im Umlaufverfahren gefaßt worden sind, alsbald nach Beendigung des Umlaufverfahrens.

(3) Die Beschlüsse (§ 21 Abs. 1 des Steuergrundgesetzes) werden in der Regel in die Akten eingetragen, die die einzelnen Fälle betreffen. Auch Eintragungen in Listen ist zulässig und ausreichend.

§ 17

Niederschrift über die Sitzung

(1) Über jede Sitzung eines Steuerausschusses ist eine Niederschrift zu fertigen.

(2) Die Niederschrift soll enthalten:

1. die Bezeichnung des Ortes und des Tages der Sitzung;
2. die Angabe der Namen des Vorsitzenden, des Schriftführers und der Mitglieder;
3. die Feststellung, daß der Vorschrift des § 6 Abs. 3 dieser Verordnung entsprochen worden ist; wenn in der Sitzung ein Mitglied gemäß § 28 Abs. 1, 2 des Steuergrundgesetzes verpflichtet worden ist: einen Vermerk hierüber;
4. wenn in der Sitzung ein Beschluß gemäß § 43 des Steuergrundgesetzes gefaßt worden ist: den Inhalt dieses Beschlusses;
5. eine allgemeine Angabe über den Gegenstand der in der Sitzung erledigten Geschäfte;
6. einen Hinweis darauf, daß die in der Sitzung gefaßten Beschlüsse in den Akten oder sonstigen Nachweisungen, die die einzelnen Fälle betreffen,

oder in Listenform schriftlich festgelegt worden sind.

(3) Der Vorsitzende, der Schriftführer und nach der Anordnung des Vorsitzenden eins der an der Sitzung teilnehmenden Mitglieder haben die Niederschrift zu unterzeichnen.

§ 18

Einsichtnahme in die Steuerlisten

(1) Nach § 21 Abs. 2 des Steuergrundgesetzes liegt es dem Steuerausschuß ob, zur Nachprüfung der Veranlagung Einsicht in die Steuerlisten zu nehmen, die für die Steuern vom Einkommen, vom Ertrage, vom Umsatz und vom Vermögen (ausschließlich der Erbschaftssteuer) die Veranlagungsergebnisse enthalten.

(2) Zur Durchführung des § 21 Abs. 2 des Steuergrundgesetzes wird folgendes bestimmt:

1. Es steht im Ermessen des Steuerausschusses, in welcher Weise die Einsichtnahme in die Steuerlisten erfolgt. Ein Steuerausschuß kann zum Beispiel, wenn er nicht selbst Einsicht in die Steuerlisten nehmen will, einzelne Mitglieder oder einen Unterausschuß mit der Einsichtnahme beauftragen. Zur Einsichtnahme in die Steuerlisten sind einzelne Mitglieder des Steuerausschusses nicht befugt, sofern sie nicht nach Satz 2 mit der Einsichtnahme beauftragt worden sind oder Sondervorschriften Platz greifen.
2. Ein Steuerausschuß kann nicht nur die Steuerlisten einsehen, welche die von ihm beschlossenen Veranlagungsergebnisse enthalten, sondern auch die Steuerlisten, in denen die von einem anderen Steuerausschuß beschlossenen Veranlagungsergebnisse eingetragen sind.
3. Auf Grund des § 21 Abs. 2 des Steuergrundgesetzes kann nur Einsicht in die Steuerlisten, nicht dagegen Einsicht in sonstige Schriftstücke (zum Beispiel: Steuerakten, Sollbücher, Sollkarten) verlangt werden.
4. Da die Einsichtnahme in die Steuerlisten der Nachprüfung der Veranlagung dienen soll, so ist dafür in der Regel erst dann Raum, wenn für den Bezirk des Steuerausschusses die allgemeine Veranlagung abgeschlossen ist. Dies ist der Fall, wenn die letzte Sitzung des Steuerausschusses stattgefunden hat und nur noch einzelne Veranlagungen durchzuführen sind, deren Erledigung sich aus besonderen Gründen (zum Beispiel durch eine Buchprüfung oder durch umfangreiche Ermittlungen) verzögert hat.
5. Einsicht in die Steuerlisten kann nur in den Diensträumen des Steueramts genommen werden. Eine Versendung von Steuerlisten findet nicht statt. Der Vorsteher des Steueramts kann Abweichungen zulassen, sofern besondere Gründe dafür sprechen. Sondervorschriften bleiben unberührt.
6. Wenn auf Grund der Einsichtnahme in die Steuerlisten ein Steuerausschuß zu dem Ergebnis kommt, daß ein von ihm gefaßter Beschluß unrichtig sei, so kann der Beschluß geändert werden, wenn er dem Steuerpflichtigen noch nicht bekanntgegeben worden ist oder soweit die Voraussetzungen der §§ 70, 208 des Steuergrundgesetzes vorliegen.
7. Für die Einsichtnahme in die Steuerlisten und für die Teilnahme an Sitzungen, die lediglich die Einsichtnahme in die Steuerlisten (einschließlich der Beratung und Beschlußfassung über die Ergebnisse der Einsichtnahme) betreffen, wird den Mitgliedern des Steuerausschusses eine Entschädigung nicht gewährt.

§ 19

Unterausschüsse

(1) Die Zahl der zur Unterstützung der Steuerausschüsse zu bildenden Unterausschüsse wird durch den Bedarf bei den einzelnen Steuerämtern bestimmt.

(2) Die Abgrenzung des Geschäftsbereichs zwischen mehreren Unterausschüssen eines Steueramts kann nach örtlichen oder sachlichen oder nach beiden Gesichtspunkten vorgenommen werden. Bei örtlicher Abgrenzung ist die Zusammenfassung mehrerer Gemeinden zu einem Unterausschußbezirk zulässig. Bei sachlicher Abgrenzung können sowohl für einzelne Einkommens- und Vermögensarten als auch innerhalb derselben für bestimmte Wirtschaftszweige besondere Unterausschüsse gebildet werden.

§ 20

(1) Die Bildung der Unterausschüsse ist Sache der Vorsteher der Steuerämter.

(2) Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere:

1. die Bestimmung der Zahl der zu bildenden Unterausschüsse,
2. die Abgrenzung des Geschäftsbereichs zwischen den einzelnen Unterausschüssen,
3. die Bestimmung der Mitgliederzahl für die einzelnen Unterausschüsse,
4. die Ernennung der Unterausschußmitglieder und der erforderlichen Stellvertreter.

§ 21

(1) In jedem Unterausschuß hat der Vorsteher des Steueramts oder ein von ihm mit seiner Vertretung beauftragter Beamter Sitz und Stimme.

(2) Bei der Auswahl der übrigen Unterausschußmitglieder und ihrer Stellvertreter ist bei rein örtlicher Abgrenzung der Unterausschußbezirke darauf zu sehen, daß die verschiedenen Arten des Vermögens und Einkommens, im übrigen, daß Klein-, Mittel- und Großunternehmungen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entsprechend vertreten sind.

(3) Vor der Ernennung der Unterausschußmitglieder sind die in Frage kommenden Magistrate, Kreisausschüsse sowie die wirtschaftlichen Interessenverbände und Berufsverbände zu hören.

(4) Die Unterausschüsse sind für jedes Kalenderjahr neu zu bilden. Eine Abweichung von dem nach § 20 Abs. 2 aufgestellten festen Plan im Laufe eines Kalenderjahres ist nur mit Einverständnis des Landessteueramtes zulässig.

§ 22

Im übrigen finden auf die Unterausschüsse und ihre Mitglieder die §§ 5, 6, 7 Abs. 1, 8 Abs. 2 bis 4 entsprechende Anwendung.

§ 23

Entschädigung der Ausschußmitglieder

Auf die Entschädigung der Mitglieder der Steuerausschüsse und Unterausschüsse und ihrer Vertreter für Aufwand und entgangenen Arbeitsverdienst finden die Bestimmungen Anwendung, die jeweils für die Entschädigung der Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen gelten.

Danzig, den 23. Dezember 1931.

F. Fz. S. 61 03, 04.

Der Senat der Freien Stadt Danzig
Dr. Ziehm Dr. Hoppenrath

410 Uebersicht über die Bewegung der Preise der wichtigsten Lebensbedürfnisse im Kleinhandel in der Stadt=

Die Preise sind in

Lebensbedürfnisse / Mengeneinheit / Tag Monat Jahr (Stichtag)	Roggenbrot	Weißbrot (Semmel)	Weizenmehl	Graupen	Weizengrieß	Haferflocken	Reis	Erbsen, gelb	Speisebohnen weiß	Haushaltzucker	Eßkartoffeln	Weißkohl	Mohrrüben	Sauerkohl	Wrucken
	1 kg	1 kg	1 kg	1 kg	1 kg	1 kg	1 kg	1 kg	1 kg	1 kg	1 kg	1 kg	1 kg	1 kg	1 kg
Jahresdurchschnitt 1925	**50,9**	**140,3**	**66,7**	**64,9**	**91,6**	**75,2**	**80,1**	**53,3**	**70,9**	**108,2**	**9,8**	**27,3**	**44,2**	**30,9**	**16,2**
Jahresdurchschnitt 1926	**40,3**	**110,0**	**60,0**	**59,3**	**79,4**	**70,0**	**79,3**	**55,4**	**62,3**	**106,7**	**8,9**	**20,0**	**28,5**	**30,9**	**16,5**
Jahresdurchschnitt 1927	**48,4**	**120,0**	**60,9**	**60,0**	**80,0**	**71,7**	**80,2**	**74,0**	**62,2**	**106,0**	**13,3**	**23,0**	**23,2**	**39,7**	**17,5**
Jahresdurchschnitt 1928	**48,5**	**122,5**	**60,0**	**60,7**	**78,0**	**76,8**	**80,0**	**70,0**	**68,3**	**106,0**	**11,5**	**33,4**	**36,3**	**30,5**	**19,3**
16. Januar 1929	44,4	115	60	62	72	80	80	70	100	106	10	30	30	32	16
13. Februar „	44,4	115	60	62	70	80	80	70	114	106	11	40	30	36	20
13. März „	44,4	115	60	62	70	80	80	70	120	106	11	40	40	40	20
17. April „	44,4	115	60	62	70	80	80	64	130	106	10	60	40	44	20
15. Mai „	44,4	115	60	62	70	80	80	64	134	106	9	—	40	46	20
12. Juni „	42	115	60	62	70	74	80	64	140	106	8	—	60	48	20
17. Juli „	42	115	60	60	70	80	80	64	136	106	*) 16 / 8	30	30	50	—
14. August „	42	115	60	60	70	80	80	64	136	106	12	30	20	50	—
18. September „	42	115	60	60	70	80	80	64	138	106	10	16	30	44	—
16. Oktober „	39	115	60	60	70	80	80	63	82	106	9	12	20	40	16
13. November „	39	115	60	60	70	80	80	60	80	106	8,5	16	20	32	16
18. Dezember „	39	115	60	60	70	80	80	60	80	106	9	16	20	30	16
Jahresdurchschnitt 1929	**42,3**	**115,0**	**60,0**	**61,0**	**70,2**	**79,5**	**80,0**	**64,8**	**115,8**	**106,0**	**10,1**	**29,0**	**31,7**	**41,0**	**18,2**
15. Januar 1930	39	115	60	60	70	80	80	58	85	106	9	16	20	30	16
12. Februar „	36,5	115	60	60	70	80	80	56	85	106	9	16	20	30	16
19. März „	36,5	115	60	60	70	70	80	56	82	106	8	20	24	30	16
16. April „	36,5	115	60	60	70	70	80	56	82	106	8	24	30	30	16
14. Mai „	37,7	115	60	60	70	70	80	56	82	106	8	30	30	30	20
18. Juni „	37,7	115	60	60	70	70	80	52	78	106	8	60	100	30	—
16. Juli „	36,5	115	60	60	70	70	80	52	78	108	*) 18 / 10	40	30	30	—
13. August „	35,0	115	60	60	70	70	80	51	76	110	9	16	20	30	—
17. September „	34,3	110	60	60	70	70	80	50	80	110	7	10	20	30	20
15. Oktober „	34	100	60	60	70	66	80	50	74	110	6	12	20	26	20
12. November „	33,33	91,2	56	58	70	64	76	48	66	110	6	12	16	24	16
17. Dezember „	34,9	87,4	45	49	70	64	75	40	58	110	6	12	16	24	16
Jahresdurchschnitt 1930	**36,0**	**109,1**	**58,4**	**58,9**	**70,0**	**70,3**	**79,3**	**52,1**	**77,2**	**107,8**	**8,6**	**22,3**	**28,8**	**28,7**	**17,3**
14. Januar 1931	34,5	95,9	40	50	70	64	75	40	55	110	6	12	20	22	16
18. Februar „	33,5	91,6	40	48	65	65	75	36	55	110	6	20	20	22	16
18. März „	33,3	87,4	40	50	65	64	70	36	53	110	7	20	20	22	16
15. April „	37,7	94,5	40	50	65	64	65	36	52	110	7	35	30	22	16
13. Mai „	37,5	98	40	50	64	64	70	36	52	110	10	40	30	22	20
17. Juni „	40,4	96,1	40	50	67	63	66	35	52	110	9,5	50	150	22	—
15. Juli „	40,8	96,1	40	50	70	63	66	36	50	110	*) 14 / 10	40	30	20	—
12. August „	37,2	94,4	40	50	70	64	66	36	50	110	8	16	20	20	—
16. September „	35,3	88,3	40	50	70	64	66	36	50	110	6	12	20	30	20
14. Oktober „	36,4	84	40	49	64	64	66	36	46	110	6	12	20	26	12
17. November „	37,4	84	40	48	60	60	62	32	45	110	6	12	20	24	16
16. Dezember „	39,5	88,6	38	46	60	60	62	32	45	110	6	14	20	24	16
Jahresdurchschnitt 1931	**37,0**	**91,6**	**39,8**	**49,3**	**65,8**	**63,3**	**67,4**	**35,6**	**50,4**	**110,0**	**7,8**	**23,6**	**33,3**	**23,0**	**16,4**

†) Für die Jahre 1925—1928 im einzelnen vgl. „Danziger Statistische Mitteilungen" Nr. 11/12 vom 30. 12. 1927 u. Nr. 7/8 vom 3. 10. 1929.
*) Neue Kartoffeln.

gemeinde Danzig in den Jahren 1929—1931. (Mit Durchschnittsvergleichszahlen der Jahre 1925—1928). †)
Guldenpfennig angegeben.

Rindfleisch (Kochfleisch mit Knochen)	Schweinefleisch (Bauchfleisch)	Hammelfleisch (Brust, Hals, Dünnung)	Speck, geräuch., inländisch	Leberwurst	Schweineschmalz, ausländisch	Salzheringe	Vollmilch	Molkereibutter	Landbutter	Margarine	Magerkäse	Halbfettkäse	Eier	Bohnenkaffee, gebrannt	Gerste, gebrannt	Steinkohlen	Petroleum	Kakao
1 kg	1 kg	1 kg	1 kg	1 kg	1 kg	1 kg	1 l	1 kg	1 kg	1 kg	1 kg	1 kg	1 Stck.	1 kg	1 kg	50 kg	1 l	1 kg
205,8	**216,9**	**190,5**	**275,3**	**233,8**	**256,1**	**96,4**	**30,2**	**529,2**	**508,9**	**233,6**	**110,0**	**194,2**	**16,1**	**705,0**	**73,6**	**225,0**	**32,0**	**283,3**
177,7	**197,5**	**165,5**	**257,5**	**224,2**	**230,5**	**88,8**	**25,3**	**450,0**	**381,6**	**239,6**	**100,0**	**163,3**	**14,1**	**653,3**	**57,8**	**219,2**	**32,0**	**320,0**
210,8	**216,0**	**198,8**	**269,7**	**245,0**	**218,0**	**80,0**	**26,2**	**478,3**	**415,0**	**224,7**	**103,3**	**165,0**	**14,0**	**643,3**	**58,7**	**213,3**	**31,2**	**336,7**
200,8	**194,5**	**193,0**	**256,3**	**240,8**	**190,0**	**80,0**	**26,8**	**489,2**	**432,5**	**228,2**	**87,9**	**164,2**	**14,6**	**643,3**	**62,0**	**210,0**	**30,4**	**395,8**
208	200	200	260	240	200	80	30	500	420	226	90	180	20	640	62	220	33	400
208	200	200	260	240	210	80	28	520	440	226	90	180	20	640	62	225	35	400
210	200	200	260	240	210	80	28	500	430	226	90	180	25	640	62	235	35	400
220	220	220	270	255	220	80	26	440	380	220	90	170	12	640	62	220	35	400
220	228	210	270	270	210	80	26	460	440	230	90	170	11,5	640	60	235	35	400
220	230	207	280	260	220	80	26	460	380	230	90	180	12	640	60	235	35	400
220	240	220	280	260	220	80	26	460	400	220	90	180	13	640	60	235	35	400
220	240	220	280	250	220	80	28	460	430	220	90	180	14	640	60	235	35	400
222	248	224	286	270	220	80	32	500	450	220	90	180	14	640	60	235	35	400
220	250	214	288	280	220	80	32	520	460	228	95	180	16	640	60	240	35	400
220	260	207	290	270	215	80	32	500	430	230	95	180	18	640	60	240	35	400
220	240	207	290	280	210	80	32	480	420	230	95	180	19	640	60	240	35	400
217,3	**229,7**	**210,8**	**276,2**	**259,6**	**214,6**	**80,0**	**28,8**	**483,3**	**423,3**	**225,5**	**91,3**	**178,3**	**16,2**	**640,0**	**60,7**	**232,9**	**34,8**	**400,0**
222	246	214	290	280	205	80	26	440	400	230	95	180	19	620	60	240	35	400
212	244	208	280	270	200	80	26	440	400	230	95	180	15	600	60	240	35	400
210	240	210	280	270	200	80	24	400	390	230	100	170	10	600	55	240	35	400
206	240	210	280	270	200	80	22	400	360	230	100	170	10	590	55	240	35	400
210	230	210	280	270	200	80	22	380	340	230	80	150	10	575	55	225	35	400
206	220	210	274	260	195	80	22	340	310	230	70	120	11	575	54	225	35	400
200	207	207	270	260	190	80	24	400	340	226	70	120	11	575	54	225	35	400
200	211	200	270	260	210	80	26	400	350	226	70	120	12	570	54	225	35	400
200	200	200	260	260	230	80	24	400	360	230	70	130	12	560	55	225	35	400
200	200	200	260	260	226	80	24	390	340	226	100	130	15	530	54	225	35	400
200	186	200	250	260	222	80	26	400	350	224	100	130	16,5	550	54	225	35	400
180	168	187	232	240	217	80	26	400	360	224	110	130	19	480	50	225	35	400
203,8	**216,0**	**204,7**	**268,8**	**263,3**	**207,9**	**80,0**	**24,3**	**399,1**	**358,3**	**228,0**	**88,3**	**144,2**	**13,4**	**568,8**	**55,0**	**230,0**	**35,0**	**400,0**
170	150	188	213	220	215	80	26	380	300	216	110	140	19	480	50	225	35	400
160	140	180	200	214	190	80	24	400	330	210	110	130	15	480	50	225	35	400
160	148	180	200	212	182	80	24	400	320	200	110	130	12	480	50	225	35	400
152	137	191	195	200	180	80	22	360	300	200	70	120	9	480	50	225	35	400
148	130	186	186	200	176	80	22	340	310	200	80	120	8	480	50	225	35	400
148	125	180	175	200	173	80	20	300	260	200	105	120	8,5	480	50	225	35	400
148	135	190	170	200	160	80	22	320	280	200	100	120	9,5	480	50	225	35	360
150	154	195	180	200	160	80	24	320	240	193	100	100	9	480	50	225	35	360
160	160	192	190	200	168	80	24	320	260	193	100	100	10	480	50	225	35	380
150	140	180	190	200	180	80	24	300	260	190	100	100	11,5	480	50	225	35	364
140	120	162	170	200	190	80	24	300	260	185	100	100	12	480	50	225	35	364
130	116	162	170	200	194	80	24	300	260	170	100	110	11	480	50	225	35	360
151,3	**137,9**	**182,1**	**186,6**	**203,8**	**180,7**	**80,0**	**23,3**	**336,7**	**281,7**	**196,4**	**98,8**	**115,8**	**11,2**	**480,0**	**50,0**	**225,0**	**35,0**	**382,3**

Danzig, den 29. Dezember 1931.

Statistisches Landesamt.

411 **Verordnung betreffend Änderung des Verzeichnisses der Arzneistoffe für die Hausapotheken der homöopathischen Ärzte.**

Gemäß § 4 Abs. 2c des Reglements über die Befugnis der approbierten Medizinalpersonen zum Selbstdispensieren der nach homöopathischen Grundsätzen bereiteten Arzneimittel vom 20. 6. 1843 (GS. S. 305) wird das Verzeichnis der wichtigsten Arzneistoffe wie nachfolgend neu festgesetzt, die von homöopathischen Ärzten gebraucht werden und von denen, die selbst dispensieren wollen, in der ersten Verdünnung vorrätig zu halten sind. Dieses Verzeichnis tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Mit dem gleichen Tage verliert das durch den allgemeinen Erlaß vom 28. 2. 1846 — 1121 — (MBliV. 1846 S. 38) eingeführte bisherige Verzeichnis seine Gültigkeit.

Bei den Besichtigungen der homöopathischen Hausapotheken (§ 52 der Apothekenbetriebsordnung vom 18. 2. 1902) ist darauf zu achten, daß die in dem neuen Verzeichnis vorgeschriebenen Stoffe vorhanden sind. Sollten in den ärztlichen homöopathischen Hausapotheken Bezeichnungen etwa schon vorhandener Standgefäße der im vorgenannten neuen Verzeichnis angewendeten Nomenklatur nicht entsprechen, so ist dies nicht zu beanstanden.

Verzeichnis
der wichtigsten Arzneistoffe, die von homöopathischen Ärzten gebraucht werden und von denen, die selbst dispensieren wollen, in der ersten Verdünnung vorrätig zu halten sind.

1. Acidum nitricum
2. Acidum phosphoricum
3. Aconitum napellus
4. Antimonium crudum (Stibium sulfuratum nigrum)
5. Antimonium sulfuratum aurantiacum (Stibium sulfuratum aurantiacum)
6. Apis mellifica
7. Argentum nitricum
8. Arnica
9. Arsenicum album (Acidum arsenicosum)
10. Arsenum jodatum
11. Aurum chloratum natronatum (Aurum muriaticum natronatum)
12. Baryum carbonicum (Baryta carbonica)
13. Belladonna
14. Bryonia
15. Cactus
16. Calcium carbonicum Hahnemanni (Calcarea carbonica Hahnemanni)
17. Calcium phosphoricum
18. Camphora
19. Cannabis
20. Cantharis (Cantharides)
21. Carbo vegetabilis
22. Chamomilla
23. Chelidonium
24. China
25. Chininum arsenicosum
26. Cocculus
27. Coccus cacti
28. Colocynthis (Fructus Colocynthidis)
29. Cuprum aceticum
30. Digitalis
31. Drosera
32. Dulcamara
33. Euphrasia
34. Ferrum phosphoricum
35. Gelsemium
36. Graphites
37. Hepar sulfuris (Hepar sulfuris calcareum Hahnemanni)
38. Hydrastis
39. Hyoscyamus
40. Ignatia
41. Jodum
42. Ipecacuanha (Radix Ipecacuanhae)
43. Kalium bichromicum
44. Kalium carbonicum
45. Kalium phosphoricum
46. Lycopodium
47. Magnesium phosphoricum
48. Mercurius bijodatus (Hydrargyrum bijodatum rubrum)
49. Mercurius cyanatus (Hydrargyrum cyanatum)
50. Mercurius solubilis Hahnemanni (Hydrargyrum oxy dulatum nigrum Hahnemanni)
51. Mercurius sublimatus corrosivus (Hydrargyrum bichloratum)
52. Natrium chloratum (Natrium muriaticum)
53. Nux vomica
54. Opium
55. Petroleum
56. Phosphorus
57. Phytolacca
58. Plumbum aceticum
59. Pulsatilla
60. Rhus Toxicodendron
61. Secale cornutum
62. Sepia (Sepiae succus)
63. Silicea
64. Spigelia
65. Spongia marina tosta
66. Sulfur (Sulfur depruratum)
67. Tartarus stibiatus
68. Thuja
69. Veratrum.

Danzig, den 18. Dezember 1931.

S II 2421 Der Senat der Freien Stadt Danzig
Dr. Wiercinski-Keiser Dumont

412 **Kur- und Verpflegungskosten in der Staatlichen Frauenklinik.**

I. Die Kur- und Verpflegungskosten werden vom 1. 1. 32 ab
für die III. Klasse für Danziger Staatsangehörige und für Personen, die im Freistadtgebiet Einkommensteuer zahlen oder steuerfrei sind, oder solche Personen, für die im Freistadtgebiet ansässige Behörden oder Kassen die Kosten tragen müssen, jedoch mit der Maßgabe, daß diese Personen im Freistadtgebiet wohnen, auf . . . . . 7,00 G
für die III. Klasse für alle anderen Personen auf . . . . . 9,50 G
erhöht.

II. Für Personen, die vom Städtischen Jugendamt Danzig zur Einweisung kommen, betragen die Kur- und Verpflegungskosten

a) für nährende Mütter . . . . 1,20 G
b) für Säuglinge . . . . . 0,85 G

Danzig, den 18. Dezember 1931.

S II 2330 Der Senat der Freien Stadt Danzig
Dr. Ziehm Dr. Wiercinski-Keiser

413 **Bekanntmachung über die Abänderung der Kur- und Verpflegungskosten im Städtischen Krankenhause zu Danzig.**

Auf Grund der Verordnung über die Sicherung der Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände vom 30. Juni 1931 Artikel II Abs. 2 (G. Bl. S. 595/96) hat der Senat als Staatsaufsichtsbehörde die Bestimmungen über die Inanspruchnahme des Städtischen Krankenhauses zu Danzig vom 2. September 1927 mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab wie folgt geändert:

a) Ziffer 3
Der Abschnitt der Kostensätze für die III. Klasse erhält folgende Fassung:
„III. Klasse für einheimische Erwachsene 8,– G
„ auswärtige „ 9,50 G
„ einheimische Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre . . . . 4,50 G
„ auswärtige desgl. . . 6,00 G
Für die von Berufsgenossenschaften, vom Staat usw. überwiesenen Kranken werden die Sätze für Auswärtige in Rechnung gestellt."
Als neuer Absatz ist hinzuzufügen:
„Werden Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre in die I. und II. Klasse aufgenommen, so sind täglich 60 % des betreffenden Klassensatzes für Erwachsene zu entrichten."

b) Ziffer 4
Der erste Absatz erhält folgende Fassung:
„Neben den vorstehend aufgeführten Kostensätzen werden für die Kranken der I. und II. Klasse die Kosten für besonders teure Untersuchungs- und Behandlungsmethoden unter Zugrundelegung der Selbstkosten für verwendete Medikamente, Verbandstoffe usw. sowie für Strom und andere Aufwendungen gesondert von Fall zu Fall in Rechnung gestellt. (Hierzu gehören z. B. Röntgenleistungen, ärztlicherseits verordnete medizinische Bäder, Massagen, Strahlenbehandlungen, Benutzung des Operationssaales, teure Medikamente, Arzneien, Wein- und Heilwässer, Nachtwachen, fachärztliche Behandlung (Ohren-, Nasen- usw.), Blutuntersuchungen.)"

c) Ziffer 7
Der erste Absatz erhält folgende Fassung:
„Begleitpersonen erwachsener Kranker können mit ärztlicher Genehmigung zur Aufnahme zugelassen werden. Sie haben den Kostensatz des Kranken zu zahlen. Werden Kinder bis zu 14 Jahren in die I. Klasse aufgenommen, so ist für erwachsene Begleitpersonen, sobald sie mit ärztlicher Genehmigung zugelassen werden, der Satz für die II. Klasse zu entrichten.
Ist das aufzunehmende kranke Kind ein Säugling, der von der Begleitperson gestillt wird, so sind für das Kind nur 20 % des Satzes für Erwachsene der I. Klasse zu erheben."

Danzig, den 18. Dezember 1931.

Der Senat der Freien Stadt Danzig,
S II 2603 Verwaltung der Stadtgemeinde
Dr. Ziehm Dr. Wiercinski-Keiser

Veröffentlichungen des Landessteueramtes.

414 a) **Besteuerung der Weihnachts-, Neujahrsgratifikationen und sonstiger einmaliger Einnahmen und Vergütungen.**

Erhalten Arbeitnehmer neben ihren laufenden Bezügen Weihnachts-, Neujahrsgratifikationen oder sonstige einmalige Einnahmen bezw. Vergütungen, so sind von diesen 11 v. H. ohne Anrechnung von Ermäßigungen als Steuern einzubehalten. In den Fällen, in denen die laufenden Bezüge zur Berücksichtigung der Ermäßigung nicht ausgereicht haben, können die nicht berücksichtigten Ermäßigungen bei der Berechnung des Steuerabzuges von den einmaligen Einnahmen dementsprechend in Anrechnung gebracht werden.

Neben dem Steuerabzug von 11 v. H. unterliegen die Weihnachtsgratifikationen oder sonstigen einmaligen Einnahmen dem Notzuschlag. Für die Berechnung des Notzuschlages ist ohne Rücksicht auf die Höhe der Gratifikation der Prozentsatz maßgebend, der für die Berechnung des Notzuschlages bei dem Novembergehalt in Ansatz gekommen ist.

Die für einmalige Einnahmen einbehaltenen Steuerbeträge sind entweder auf das Arbeitgeberkonto bei der Steuerkasse B zu überweisen oder durch Steuermarken zu verwenden.

Zuwiderhandlungen werden nach den Bestimmungen des Steuergrundgesetzes bestraft.

b) **Nachprüfung und Berichtigung der Steuerbücher für das Steuerjahr 1931.**

Jeder Arbeitnehmer ist verpflichtet, sich von der Richtigkeit des auf seinem Steuerbuch unter Abschnitt A a vermerkten steuerfreien Einkommens auf Grund der Tabelle der sozialen Ermäßigungen Seite 1 unten des Umschlages zu überzeugen. Auf die unter Abschnitt „B" „Zur weiteren Beachtung" aufgeführten Bestimmungen wird hierbei besonders hingewiesen. Eintragungen in die Steuerbücher, die nachweislich unrichtig sind (Schreibfehler, Rechenfehler und andere offenbare Unrichtigkeiten) können jederzeit auf Antrag durch die Stelle, die das Steuerbuch ausgehändigt hat, berichtigt werden. In diesem Falle findet die Berichtigung stets mit rückwirkender Kraft vom Beginn des Kalenderjahres ab statt.

Anträge auf Erhöhung des steuerfreien Einkommens infolge wirtschaftlicher Verhältnisse oder auf erhöhte Werbungskosten sind, wenn die Voraussetzungen für 1932 gegeben, bis spätestens 31. Januar 1932 beim zuständigen Steueramt zu stellen; Berichtigung der Steuerbücher erfolgt sodann mit Wirkung vom Beginn des Kalenderjahres ab. Werden die Anträge später gestellt, so wirkt die Berichtigung erst von der Lohnzahlung ab, bei der das berichtigte Steuerbuch vorgelegt wird.

St. A. I. 1628/31 Danzig, den 19. Dezember 1931.
Steueramt I Steueramt II

415 **Lohnsummensteuer.**

1.) Die Ablieferung der Arbeitgeberkarten für 1931 hat in den Landkreisen bei den Ortsbehörden der einzelnen Gemeinden, für den Stadtkreis Zoppot im Rathaus, Zimmer 56, für die Städte Tiegenhof und Neuteich bei

den Magistraten dortselbst und für die Gemeinde Ohra im Gemeindeamt Ohra, Hauptstraße 21a, in der Zeit vom 5. bis 25. Januar zu erfolgen.

Die Karten müssen „aufgerechnet" abgeliefert werden.

2.) Die Empfangnahme der Arbeitgeberkarten für 1932 hat, wie die Ablieferung, in der gleichen Zeit bei den obengenannten Stellen zu erfolgen. Den Arbeitgebern in Zoppot, Tiegenhof, Neuteich und Ohra werden die Karten durch die Post zugesandt.

Lohnsummensteuerpflichtige, für die eine Arbeitgeberkarte bei der Gemeindebehörde nicht vorhanden, oder denen eine solche bis zum 31. 1. 1932 durch die Post (für Lohnsummensteuerpflichtige in Zoppot, Tiegenhof, Neuteich und Ohra) nicht zugesandt worden ist, haben die Ausstellung einer Arbeitgeberkarte bei ihrer Gemeindebehörde zu beantragen.

Wer vorstehender Anordnung vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, kann nach den Bestimmungen des Lohnsummensteuergesetzes (§ 10) bestraft werden.

Danzig, den 19. Dezember 1931.

Steueramt II

416 **Steuermarken.**

I.) Für das Steuerjahr 1932 werden mit dem 1. Januar 1932 neue Steuermarken in den Verkehr gebracht und zwar:

a) Einkommensteuermarken

b) Lohnsummensteuermarken.

Es gelangen die gleichen Werte zum Verkauf wie im Vorjahre.

Sämtliche Marken haben in schwarzer Farbe einen bogenartigen Aufdruck der Jahreszahl 1932.

c) Die neuen Steuermarken sind wie bisher lediglich bei

1. den Postanstalten,
2. den mit besonderem Ausweis versehenen Ermittlungsbeamten der Steuerverwaltung

zu erhalten. Wer sich von anderen Stellen bezw. Personen Steuermarken beschafft, läuft Gefahr, gefälschte oder verfälschte Marken zu erwerben und sich selbst strafbar zu machen.

Im Steuerbuch und in der Arbeitgeberkarte 1932 sind nur Steuermarken für 1932 zu verwenden.

II.) a) Die Steuermarken für 1931 werden mit dem 31. Januar 1932 aus dem Verkehr gezogen. Bis zu diesem Termin sind die bei den Verbrauchern noch vorhandenen Bestände bei den Postämtern gegen neue Steuermarken einzutauschen. Die bei den Postanstalten zum Umtausch vorgelegten Steuermarken müssen so gut erhalten sein, daß sie ohne weiteres als unbenutzte Marken erkennbar sind.

b) Soweit Arbeitgeber mit dem Verwenden von Steuermarken für 1931 im Rückstande sind, ist das Versäumte zur Vermeidung von Bestrafungen unverzüglich nachzuholen.

Im Steuerbuch und in der Arbeitgeberkarte für 1931 dürfen nur Steuermarken dieses Jahres verwendet werden.

St. A. I. 1638/31 Danzig, den 22. Dezember 1931.

Steueramt I Steueramt II

417 **Lohnsummensteuer.**

a) Die Ablieferung der Arbeitgeberkarten für 1931 an das Steueramt I hat bis Ende Januar 1932 zu erfolgen. Die Karten müssen aufgerechnet abgeliefert werden. Auf Wunsch wird über den in der Arbeitgeberkarte enthaltenen Lohnsummensteuerbetrag quittiert. Quittungsvordrucke liegen im Steueramt I, Zimmer 79a (I. Stock rechts) zur Abholung bereit; sie müssen dem Steueramt zur Quittungsleistung ausgefüllt vorgelegt werden.

b) Die Arbeitgeberkarten für 1932 werden im Laufe des Monats Januar durch die Post an die Arbeitgeber zur Absendung gelangen. Jedoch ist jeder Lohnsummensteuerpflichtige, der am 31. Januar 1932 noch nicht im Besitze einer Arbeitgeberkarte sein sollte, verpflichtet, diese vom Steueramt I, Zimmer 89 (I. Stock links) abzuholen.

Wer vorstehenden Anordnungen vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, kann nach den Bestimmungen des Lohnsummensteuergesetzes vom 27. Juni 1930 (§ 10) bestraft werden.

Danzig, den 22. Dezember 1931.

Steueramt I

Veröffentlichungen des Landeszollamtes.

418 **Verstempelung der Miet- und Pachtverträge.**

Alle schriftlichen und mündlichen im Kalenderjahr 1931 in Kraft gewesenen Miet- und Pachtverträge mit einem Jahresmiet- oder -pachtzins einschließlich der Wohnungsbauabgabe und aller geldlichen Nebenleistungen von über 450 G sowie alle Jagdpachtverträge und Verträge über die Verpachtung zur land- und forstwirtschaftlichen Nutzung mit einem Jahrespachtzins von mehr als 400 G sind unter Verwendung der vorgeschriebenen Miet- und Pachtverzeichnisse bis zum 31. Januar 1932 zur Verstempelung zu bringen.

Stempelpflichtig sind auch Miet- und Pachtverträge, deren Gültigkeitsdauer weniger als ein Jahr betragen hat (z. B. Untervermietung von möblierten Zimmern, tageweise Saalvermietung und dergl.), wenn für die Gesamtdauer des einzelnen Vertragsverhältnisses an Mietzins einschließlich etwaiger geldlicher Nebenleistungen für Frühstück, Heizung, Bedienung usw. im Kalenderjahr 1931 mehr als 200 G gezahlt worden sind.

Die Verstempelung erfolgt bei den Zollämtern I Langfuhr, Zoppot, Hafenkanal, Hohenstein, Simonsdorf, Kalthof, Tiegenhof, und bei dem Stempelverteiler in Praust, ferner auf der Nebenstelle des Verkehrssteueramtes, Post, Hundegasse und auf dem unterzeichneten Amt.

Bei sämtlichen genannten Stellen sind auch die vorgeschriebenen Pacht- und Mietverzeichnisse erhältlich.

Danzig, den 23. Dezember 1931.
Schäferei 11, 3 Trp.

Das Verkehrssteueramt
der Freien Stadt Danzig

Veröffentlichungen der Bank von Danzig.

419 **Bank von Danzig**

Der Bankausschuß der Bank von Danzig hat Herrn Dr. Carl Schaefer zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Bank von Danzig ernannt.

Herr Walter Bredow ist von seiner Stellung als Vorstandsmitglied der Bank von Danzig mit Ablauf dieses Jahres entbunden worden. Seine Unterschrift ist erloschen.

Diese Bekanntmachung ersetzt gemäß § 3 des Notenbankgesetzes vom 20. November 1923 die Eintragung in das Handelsregister.

Danzig, den 24. Dezember 1931.

Der Bankausschuß
Prof. Dr. Noé, Vorsitzender.

Noch: Erlasse und Verordnungen des Senats (Staatsverwaltung).

420 **Volksbegehren „Arbeit, Brot und Freiheit".**

Der Abstimmungsausschuß hat in seiner Sitzung vom 28. Dezember 1931 festgestellt, daß sich 47545 Stimmberechtigte für das Begehren gültig eingetragen haben. Insgesamt sind 47561 Eintragungen erfolgt, darunter 16 ungültige.

Zahl der Eintragungsberechtigten (amtlich ermittelte Zahl bei der letzten Volkstagswahl): 222566.

Danzig, den 28. Dezember 1931.

Der Abstimmungsleiter
Dr. Freytag

421 **Druckfehlerberichtigung.**

In der Fahrpreisordnung für Kraftdroschken vom 14. 12. 31 (St. A. I S. 485) muß es im Absatz E statt „Fahrpreiserhöhung" heißen: „Fahrpreisordnung".

Bezugsgebühren vierteljährlich a) für das Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig Ausgabe A u. B je 3,00 G, b) für den Staatsanzeiger für die Freie Stadt Danzig Teil I Ausgabe A u. B je 2,25 G, c) für den Staatsanzeiger für die Freie Stadt Danzig Teil II 3,00 G. Bestellungen haben bei der zuständigen Postanstalt zu erfolgen. Für Beamte siehe Staatsanz. f. 1922, Nr. 87) Bezugspreis zu a) 1,80 G, zu b) 1,20 G.
Einrückungsgebühren betragen für die zweigespaltene Zeile oder deren Raum = 0,40 Gulden.
Belegblätter und einzelne Stücke werden zu den Selbstkosten berechnet.
Schriftleitung Geschäftsstelle des Gesetzblattes und Staatsanzeigers. — Druck von A. Schroth in Danzig.